



## «Entwicklungspolitischer Wahlcheck 08»

### - ein Projekt des EPN Hessen zur Hessischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 -

Das Entwicklungspolitische Netzwerk EPN Hessen e.V. vertritt die Interessen und Anliegen der hessischen entwicklungspolitischen Hilfs-, Partner- und FairHandels-Organisationen.

Zur hessischen Landtagswahl stellt EPN Hessen den «*Entwicklungspolitischen Wahlcheck 08*» vor: Die antretenden Parteien und Kandidat/innen bekommen darin Gelegenheit, sich zu globalen Fragen und entwicklungspolitischen Themen zu positionieren. EPN Hessen stellt anschließend die Antworten der Parteien bzw. der Kandidat/innen der Öffentlichkeit vor.

Zur Beantwortung des «*Entwicklungspolitischen Wahlcheck 08*» bittet EPN Hessen die Parteien und Kandidat/innen, das beigefügte Positionspapier des EPN Hessen «Positionen und Forderungen an die Politik der Hessischen Landesregierung» zur Kenntnis zu nehmen ([www.epn-hessen.de/positionen](http://www.epn-hessen.de/positionen)).

### Die Themen im Überblick

- I. Strukturelle Förderung des Entwicklungspolitischen Netzwerks EPN Hessen
- II. Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft
- III. Stärkere Förderung von Entwicklungsprojekten der hessischen NRO im Bereich „Armutsbekämpfung“
- IV. Stärkung von Belangen der Entwicklungspolitik in der Bildungsarbeit: Die UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- V. Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats in Hessen
- VI. Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit in Hessen und Förderung des Agenda 21-Prozesses
- VII. Berücksichtigung entwicklungspolitischer Kriterien im Beschaffungswesen der hessischen Landesregierung
- VIII. Stärkerer Einsatz Hessens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik
- IX. Stärkere Vernetzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungsprojekten als Beitrag zur Armutsbekämpfung
- X. Migration, Integration und Asyl in Hessen

**Zu den Fragen im Einzelnen:**

**I. STRUKTURELLE FÖRDERUNG DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN  
NETZWERKS EPN HESSEN E.V.**

Frage 1:

Unterstützen Sie die Forderung nach struktureller Förderung der Aktivitäten des EPN Hessen e.V. ?

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

**II. ERHÖHUNG DER HAUSHALTSMITTEL FÜR DAS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ENGAGEMENT DER ZIVILGESELLSCHAFT**

Frage 2a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Haushaltsmittel für die Bildungs- und Projektzusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf mindestens den Betrag wie im Haushalt 2003 (534.000 EUR) anzuheben?

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

Frage 2b:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des Bruttosozialprodukts für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

**III. STÄRKERE FÖRDERUNG VON ENTWICKLUNGSPROJEKTEN DER HESSISCHEN NRO IM BEREICH „ARMUTSBEKÄMPFUNG“**

Frage 3:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, den entwicklungspolitischen Schwerpunkt in der Projektförderung des Landes Hessen auf den Bereich „Armutsbekämpfung“ zu verlagern bzw. um diesen zu ergänzen?

JA  NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

**IV. STÄRKUNG VON BELANGEN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DER BILDUNGSARBEIT: DIE UN-DEKADE „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“**

Frage 4:

Unterstützen Sie die Forderung, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, sowie in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes stärker entwicklungspolitische Themen aufzunehmen?

JA  NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

**V. EINRICHTUNG EINES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BEIRATS  
IN HESSEN**

Frage 5:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines  
entwicklungspolitischen Landesbeirats in Hessen?

JA  NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

JA  NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

Frage 6b:

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21 – Prozess durch die  
Landesregierung in Hessen und in den hessischen Kommunen gefördert wird?

JA  NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

**VI. UNTERSTÜTZUNG KOMMUNALER UND REGIONALER ENTWICKLUNGS-  
ZUSAMMENARBEIT IN HESSEN UND FÖRDERUNG DES AGENDA 21-  
PROZESSES**

Frage 6a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische  
Gemeindordnung so zu ändern, dass

- a) das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungs-  
zusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle  
für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingerichtet wird?
- b) kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden?

**VII. BERÜCKSICHTIGUNG ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KRITERIEN IM  
BESCHAFFUNGSWESEN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG**

Frage 7:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge sich aktiv dafür einsetzen, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren einzukaufen und einzusetzen?

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

**VIII. STÄRKERER EINSATZ HESSENS AUF BUNDES- UND EUROPAEBENE FÜR  
DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK**

Frage 8:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN an die die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen?

- a. Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel
- b. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion
- c. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“: Umstrukturierung von WTO, IWF, Weltbank und G8 zu demokratisch kontrollierten Institutionen
- d. Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten
- e. Verzicht auf Rüstungsexporte in Länder, die diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

**IX. STÄRKERE VERNETZUNG ZWISCHEN KLIMASCHUTZ UND ENTWICKLUNGSPROJEKTEN ALS BEITRAG ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG**

Frage 9:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge

- a. verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz und Armutsbekämpfung verbinden, z.B. durch die Förderung von erneuerbaren Energien?
- b. mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit über die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---



---



---



---

**X. MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL IN HESSEN**

Frage 10a:

Hessen ist - wie die BRD - ein Einwanderungsland. Migration stellt dabei einen Aspekt jener globalisierten Weltgesellschaft dar, an der die hessische Wirtschaft und Gesellschaft partizipieren und gleichermaßen profitieren. Migration ist ebenso Teil unserer Gesellschaft wie etwa das Verhältnis der Generationen oder jenes zwischen Armut und Reichtum. Integration ist ein Prozess, an dem alle Seiten gleichermaßen beteiligt sind: Der Appell zur Integration bedeutet daher, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden und darin zukunftsgewandt, offen und solidarisch zu handeln.

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge

- a. alles tun, damit Migrant/innen in Hessen zukünftig die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten wie die Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?
- b. allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten?

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---



---



---



---

Frage 10b

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl beantragen, gebührt ein besonderer gesellschaftlicher und politischer Schutz. Die Reife und Güte unserer Gesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, wie wir mit Menschen umgehen, denen eine persönliche Unversehrtheit vorenthalten wird.

Das neue Aufenthaltsgesetz wurde geändert, um Kettenduldungen von AsylbewerberInnen abzuschaffen. Die permanente Existenzunsicherheit dieser Personen sollte verbessert und Integrationsmöglichkeiten geschaffen werden. In der Praxis zeigt sich jedoch: Weiterhin werden durch Abschiebungen Familien getrennt, Kinder, hier geboren und aufgewachsen, aus ihrem Lebensumfeld verbannt und kranke Menschen aus therapeutischen Behandlungen gerissen. Jugendliche beim Eintritt in die Volljährigkeit sind bedroht, da sie aus dem Asylverfahren der Eltern herausfallen.

Auch durch die Bleiberechtsregelung wird nur ein Teil der Geduldeten einen Aufenthalt bekommen, am grundsätzlichen Problem der Kettenduldungen ändert sich nichts. Eine Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, kann die Härtefallkommission darstellen. Hessen hat zwar die Möglichkeit genutzt, eine solche einzurichten, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern wurden in die Kommission jedoch keine Fachleute aus Wohlfahrtsverbänden oder Flüchtlingsorganisationen berufen.

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen,

- a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dass insbesondere Minderjährige und kranke Menschen nicht abgeschoben werden und Familientrennungen künftig verhindert werden?
- b. dass die Härtefallkommission in Hessen mit Fachleuten aus dem Flüchtlingsbereich besetzt wird?
- c. dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere im Bereich der beruflichen Ausbildung Jugendlicher?

JA       NEIN

Wenn JA, wie? \_ Wenn NEIN, warum nicht?

---

---

---

---

Die Fragen wurden beantwortet von:

- CDU                       Bündnis 90/ DIE GRÜNEN  
 SPD                          FDP  
 DIE LINKE

.....  
Name

.....  
Funktion

.....  
Anschrift und E-Mail

.....  
Ort/Datum

.....  
Unterschrift

Bitte senden Sie Ihre Antworten an:

**Entwicklungspolitisches  
Netzwerk EPN Hessen e.V.  
Vilbeler Str. 36**

**60313 Frankfurt**

Anlage:            Positionspapier des EPN Hessen  
                          [www.epn-hessen.de/positionen](http://www.epn-hessen.de/positionen)

-----  
Der «Wahlcheck 08» ist ein Projekt von:

**Entwicklungspolitisches Netzwerk EPN Hessen e.V.  
Vilbeler Str. 36, 60313 Frankfurt  
Tel. 069 / 91395170, Fax: 069 / 295104  
[info@epn-hessen.de](mailto:info@epn-hessen.de)  
[www.epn-hessen.de](http://www.epn-hessen.de)**